

POLIT-SPONSORING

Geschwiegen und verschleiert

Vor den Parlamentsferien laden Parteien und Regierungen zu ihren Sommerfesten ein. Bezahlt werden sie zu großen Teilen von Sponsoren aus der Wirtschaft.

Die Stallwächterparty der Landesvertretung von Baden-Württemberg, von der grün-roten Landesregierung angekündigt als „gesellschaftliches Highlight vor der parlamentarischen Sommerpause“, bot den geladenen Gästen einen bekömmlichen Abend. Bei „Schweinebäckle aus Gärtringen“ und „Schwäbischem Flachswickel“ konnten sie der weichen Stimme der Soul-Sängerin Joy Denalane lauschen.

Und das Beste: Keiner der rund 2000 Besucher musste für die Berliner Sommersause am vorigen Donnerstag zahlen. Sogar die Gastgeber kamen günstig davon, die Rechnung übernahmen zu großen Teilen Sponsoren – darunter auch jene Deutsche Bahn, die in Stuttgart mit den Grünen erbittert um den neuen Bahnhof streitet.

Überraschende Allianzen schloss auch die SPD-Bundestagsfraktion am vorigen Dienstag auf ihrem „Hoffest“ im Berliner Haus der Kulturen der Welt. Für das Wohl der 1700 Gäste kamen Unternehmen auf, die von Sozialdemokraten an anderen Tagen oft hart kritisiert werden; zum Beispiel die Atomkonzerne Vattenfall, RWE und EnBW oder der Verband der Zeitarbeitsfirmen IGZ. Wer wie viel bezahlte, wollten die Veranstalter dieser Feste indes nicht sagen.

Wenn es um die eigenen Finanzen geht, haben es Parteien wie Parlamentarier nicht so mit der Transparenz. Da wird geschwiegen und verschleiert und mit kreativer Buchführung camoufliert.

Einen kritischen Bericht des Europarats über Geld und Politik, der konkrete Vorschläge für eine Reform der Parteienfinanzierung enthält, nahmen die Volksvertreter vergangene Woche lediglich „zur Kenntnis“. Änderungen an der Praxis beschlossen sie nicht. Nicht mal eine Konvention der Vereinten Nationen über Abgeordnetenbestechung hat Deutschland bis heute ratifiziert – und befindet sich damit in Gesellschaft mit Ländern wie Saudi-Arabien oder Myanmar.

Offiziell geloben die Parteien natürlich routiniert Besserung, wenn unappetitliche Geldgeschäfte ans Licht geraten. Nach der Sponsoring-Affäre der CDU Nordrhein-Westfalen war das der Fall. Im



Sommerfest des Landes Baden-Württemberg in Berlin*: „Gesellschaftliches Highlight“

Wahlkampf 2010 hatte die Union auf einem Landesparteitag Unternehmen Gespräche mit ihrem damaligen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers angeboten. Schnell machte daraufhin der Spruch „Rent a Rüttgers“ die Runde.

Doch wann immer eine Affäre abgeklungen ist, geht es nach alter Gewohnheit weiter. Kritiker wie der Düsseldorf-er Parteienrechtler Martin Morlok vermuten, dass hinter mancher Sponsorenzahlung eine verdeckte Spende steckt, um Einfluss auf die Politik zu nehmen. In den Rechenschaftsberichten tauchen Sponso-

ring-Gelder nicht auf. Die Parteien können sie diskret als „Sonstige Einnahme“ verbuchen. Unternehmen können Sponsoring – im Gegensatz zu Spenden – von der Steuer absetzen. „Die Publizitätsregelungen für Spenden sollten auch auf das Sponsoring übertragen werden“, fordert deshalb Morlok.

Reformen mahnt auch die Greco-Kommission des Europarats an. Die Korruptionswächter hatten vor zwei Jahren die Bundesrepublik besucht. Sie trafen sich mit Staatsanwälten, Schatzmeistern, Vertretern der Ministerien und der Bundestagsverwaltung. Am Ende schrieben sie einen Bericht, der Deutschland kein gutes Zeugnis ausstellt: Die Politik solle Direktspenden an Abgeordnete sowie anonyme Spenden verbieten und die Abgeordnetenbestechung schärfer bestrafen, monieren sie. Zudem müsse die Veröffentlichungsgrenze von Parteispenden deutlich gesenkt und die Kontrolle der Parteienfinanzen verbessert werden. Auch das Sponsoring solle die Politik dringend überprüfen.

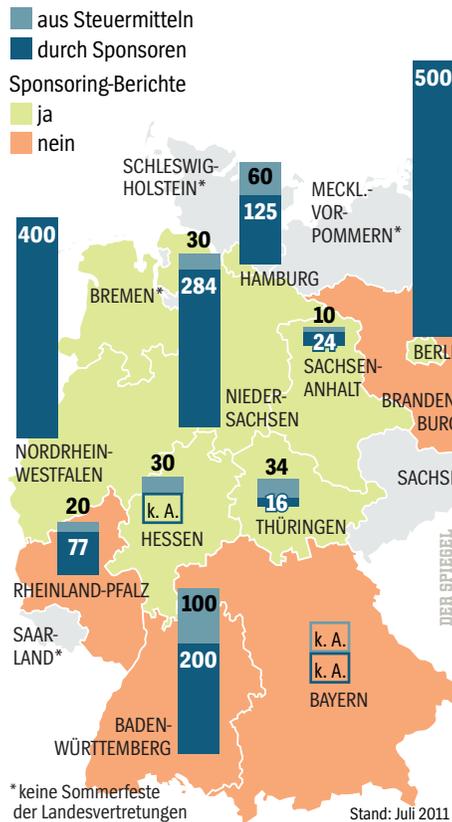
Bis zum 30. Juni dieses Jahres gab der Europarat der Bundesregierung Zeit, seine insgesamt zwanzig Empfehlungen umzusetzen. Vor knapp zwei Wochen kam das Thema im Innenausschuss erstmals zur Sprache – einen Tag vor Ablauf der Frist. Die Grünen brachten einen Antrag mit Reformvorschlägen ein, die SPD arbeitete auf eine gemeinsame Stellungnahme aller Parteien hin.

Aber nicht mal die kam zustande. Die Mehrheit von Union und FDP beschloss vorige Woche, dass man den Bericht des Europarats als gelesen abhakt. Mehr nicht.

Doch warum sollten die Parteien auch mehr Skrupel haben als die Regierungen? In den Jahren 2009 und 2010 kassierte al-

Festliche Förderung

Finanzierung der Sommerfeste, in tausend Euro



* Mit dem Grünen-Fraktionsvize Fritz Kuhn (M.) am vergangenen Donnerstag.

lein der Bund aus Sponsoring 93 Millionen Euro. Die Zuwendungen reichten vom Verband der privaten Krankenversicherung an das Gesundheitsministerium (10 Millionen Euro) bis zur Robert Bosch GmbH mit 320 000 Euro an das Verkehrsministerium.

Auch bei den Sommerfesten bleibt vorerst alles beim Alten. Sie sind Kontaktbörsen für Politiker, Unternehmer und Journalisten, auch des SPIEGEL. Die Gastgeber aus Parteien und Landesregierungen argumentieren, dass solche Veranstaltungen nicht allein aus Steuergeldern bezahlt werden könnten. Viele Länder nutzen den Termin auch als Leistungsschau für ihre regionalen Spezialitäten. Beim Stallwächterfest von Baden-Württemberg etwa konnten die Besucher Luxusprodukte der heimischen Automobilindustrie bestaunen.

„Es ist ein Wettlauf, denn jeder strebt nach Aufmerksamkeit“, sagt Rüdiger Jacobs von der Landesvertretung Niedersachsen. „Wenn Sie es mit Bratwurst und Erbsensuppe versuchen, dann käme kein Vorstandsvorsitzender mehr.“ Er habe daher gar keine andere Möglichkeit, als auf Sponsoren zurückzugreifen, erklärt Jacobs. „Wenn ich das Sommerfest aus dem Etat der Landesvertretung finanzieren würde, könnte ich in diesem Jahr nichts anderes machen.“

Wie viel Geld von Unternehmen fließt, gibt Niedersachsen in einem Sponsoring-Bericht bekannt, allerdings erst deutlich später. Ähnlich halten es sechs weitere Länder, andere geben allenfalls die Gesamtsumme bekannt. Nur Hamburg legte auf Anfrage präzise Zahlen sofort offen.

Es ist vor allem die Neigung zum Aussetzen, die Parteikritiker wie Edda Müller, Vorsitzende von Transparency Deutschland, so empört. Seit über einem Jahr werde die versprochene Neuregelung des Parteien-Sponsorings nicht entschieden. „Es ist höchste Zeit, dass die Zahlen auf den Tisch kommen, wie viel die Parteien bei Veranstaltungen oder für Anzeigen in ihren eigenen Zeitungen kassieren.“

Wie schnell die Parteien sein können, wenn es um zusätzliche Einnahmen geht, hat Edda Müller vorige Woche aufmerksam verfolgt: „Für die Diätenerhöhung brauchte man gerade mal zehn Tage.“

In der Tat: Während am Donnerstag die Stallwächterparty begann, saßen gerade mal etwa 50 der 620 Bundestagsabgeordneten im Parlament. Unter Tagesordnungspunkt 18 verabschiedeten sie um 19.30 Uhr die Erhöhung ihrer Diäten in zwei Stufen um 600 Euro pro Monat sowie neue Millionenzuschüsse für ihre Parteien. Sie steigen von 133 Millionen Euro auf 141,9 Millionen in diesem und 150,8 Millionen im nächsten Jahr. Mithin über 13 Prozent Aufschlag in zwei Jahren.

SVEN BECKER, SIMON BOOK,
ANDREAS WASSERMANN